

10. Fazit und Ausblick

Diese Arbeit hat das Phänomen umkämpfter post-/kolonialer Erinnerungsdiskurse in der gegenwärtigen Medienkultur am Beispiel der Auseinandersetzungen um den Ovaherero- und Nama-Genozid in der Print- und Online-Berichterstattung in Deutschland untersucht.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildete die Beobachtung einer (neuerlichen) Konjunktur von Debatten um die Kolonialvergangenheit in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, in deren Fokus die Kolonialverbrechen in der damaligen Kolonie ›Deutsch-Südwestafrika‹ (von 1884 bis 1919, dem heutigen Namibia) und die damit verbundenen Forderungen nach Anerkennung und Entschädigung von Nachfahr*innen der Opfer standen. Die Analyse konzentriert sich dabei auf einen Zeitraum von 15 Jahren, in dem die hegemoniale Wissensordnung in der medialen Öffentlichkeit irritiert wird und ein polyphoner Kommunikationsraum entsteht, indem kontrovers über die historischen Ereignisse und die damit verbundenen Forderungen nach Anerkennung und Entschädigung debattiert wird und sich in der Berichterstattung ein öffentlich-medialer post-/kolonialer Erinnerungsdiskurs herausbildet.

Ein übergeordnetes Anliegen dieser Arbeit war es, im ersten Teil eine theoretische Rahmung zu konzeptualisieren, um das Verhältnis von Erinnerung, Medienkultur sowie Kosmopolitismus und Post-/Kolonialismus zu beleuchten. Ausgehend von den theoretischen Auseinandersetzungen konnte im zweiten Teil eine gesellschaftstheoretisch reflektierte empirische Medienanalyse erfolgen. Konkret habe ich in der vorliegenden Untersuchung mittels einer qualitativen wissenssoziologischen Diskursanalyse empirisch rekonstruiert, wann, wie und unter welchen Bedingungen erinnerungskulturelles Wissen um deutsche Kolonialverbrechen in SWA und ihre Folgen in der Berichterstattung hervorgebracht und verhandelt wird.

Der Gang der Untersuchung soll im Folgenden noch einmal rekapituliert und die zentralen Ergebnisse vor dem Hintergrund der entwickelten theoretischen Rahmung zusammengefasst werden. Daran anschließend werde ich insbesondere das methodische Vorgehen und Material der Untersuchung reflektieren und ein Ausblick für weitere Forschungen bieten. Zuletzt werde ich die anhaltende Aktualität und gesellschaftspolitische Relevanz des Themas herausstellen.

10.1 Zusammenfassung der theoretischen Rahmung

Im ersten Teil der Arbeit habe ich die spezifische theoretische Forschungsperspektive und das begrifflich-konzeptuelle Instrumentarium für die empirische Analyse entwickelt. Die theoretische Auseinandersetzung mit bestehenden Ansätzen verstehe ich mit Stuart Hall (2000: 45) als einen »notwendigen Umweg oder die notwendige Verzögerung über die Theorie«. Wie ich in der Einleitung und Kapitel 2 dargelegt habe, versteht sich diese Arbeit übergeordnet als kritische, gesellschaftstheoretisch fundierte Medienkulturforschung in der Tradition der Cultural Studies und zeichnet sich durch eine dekonstruktivistische und repräsentationskritische Perspektive aus. Aufgrund ihres thematischen Untersuchungsgegenstands und Erkenntnisinteresses ist sie zudem wesentlich durch eine dezidiert *post-/koloniale* Lesart geprägt, d.h. die Arbeit fragt grundsätzlich machtkritisch nach dem Fortbestehen kolonialer Strukturen in der gesellschaftlichen Gegenwart. Über die Cultural Studies und Postcolonial Studies hinaus bezieht sie sich auf forschersische Ansätze verschiedener Felder und leistet einen transdisziplinären Beitrag für aktuell relevante Fragen zum gesellschaftlichen Umgang mit der Kolonialvergangenheit und speziell dem Ovaherero- und Nama-Genozid und seinen Langzeitfolgen. Im Fokus des Erkenntnisinteresses stand die Frage nach der Bedeutung von Massenmedien und speziell journalistischer Berichterstattung in post-/kolonialen Auseinandersetzungen um die Kolonialgeschichte und damit verbundene gegenwärtige Kämpfe um Anerkennung und Entschädigung. Mit dieser Ausrichtung versteht sich die vorliegende Untersuchung auch als Beitrag einer kritischen Erinnerungskulturforschung, in deren Mittelpunkt Fragen nach der Bedeutung von Massenmedien und speziell Journalismus im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen um die koloniale Vergangenheit und postkoloniale Gegenwart stehen.

Umkämpfte Erinnerungsdiskurse

Im Anschluss an die Memory Studies und ihre grundlegenden Konzeptionen von kollektiven und kulturellen Gedächtnis bzw. von Erinnerungskulturen habe ich in Kapitel 3 meinen spezifischen Begriff von umkämpften *post-/kolonialen Erinnerungsdiskursen* entwickelt. In Anlehnung an den in den Cultural Studies zentralen Begriff *struggle* hebe ich mit diesem Begriff hervor, dass es sich um gesellschaftliche und diskursive Aushandlungsprozesse handelt, die grundsätzlich konfliktreich und vermachtet sind. Gewinnbringend war hier für meine Überlegungen v.a. – ergänzend zu den etablierten kulturwissenschaftlichen Konzepten – vor allem der Rückgriff auf Ansätze der *Popular Memory Group*, welche im Anschluss an Überlegungen von Foucault eine stärker gesellschaftstheoretisch fundierte und vor allem machtkritische Perspektive einbringen. In dieser Perspektive habe ich den unter-

suchten Pressediskurs als einen gesellschaftlichen, umkämpften, öffentlichen *Erinnerungsdiskurs* gefasst. In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Genozid an den Ovaherero und Nama manifestiert sich in herausragender Weise, dass der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit heute v.a. eine Frage der gegenwärtigen Erinnerungskultur und -politik ist. Es handelt sich dabei wesentlich um einen fortlaufenden diskursiven Prozess kollektiver Bedeutungsproduktion, in dessen Zuge die Geschichte(n) der kolonialen Vergangenheit öffentlich re-/konstruiert werden, um Handeln in der gesellschaftlichen Gegenwart zu orientieren und insbesondere lauter werdende Forderungen nach ›Wiedergutmachung‹ aufseiten der Nachfahr*innen der Opfer einzuordnen. In diesem Sinne habe ich in der vorliegenden Untersuchung eine sozialkonstruktivistische Perspektive auf gegenwärtige Erinnerungsdiskurse eingenommen, die danach fragt, wie kollektives Wissen über die koloniale Vergangenheit öffentlich-medial hervorgebracht und gegen andere Versionen durchgesetzt wird. Dabei geht es in erster Linie um die öffentlich-kommunikative Hervorbringung und Aushandlung von Erinnerungsdiskursen in der journalistischen Berichterstattung. Betont werden soll, dass es sich dabei stets um umkämpfte gesellschaftliche Prozesse handelt, welche von gegenwärtigen post-/kolonialen Machtverhältnissen geprägt sind.

Journalismus als vermachtete öffentliche Arena und *memory agent*

Die in Kapitel 4 skizzierten Ansätze der Cultural Studies haben meine gesellschaftstheoretisch fundierte Perspektive auf die gegenwärtige Medienkultur weiter konturiert. Die Ausführungen haben zunächst gezeigt, dass das Medienverständnis der Erinnerungskulturforschung für die vorliegende Untersuchung weiterer theoretisch-konzeptioneller Ausarbeitung bedurfte. Die Modelle der Cultural Studies betonen den Prozesscharakter massenmedialer Kommunikation und bieten eine Erweiterung für bisherige Medienbegriffe der Erinnerungskulturforschung. Sie machen deutlich, dass Medien nicht einfach ›Speicher‹ oder ›Vermittler‹ von gesellschaftlichen (Erinnerungs-)Diskursen sind, sondern diese selbst hervorbringen. Speziell Journalismus wird in dieser Perspektive als kultureller Diskurs der Bedeutungsproduktion bzw. als Diskurs gesellschaftlicher Selbstverständigung betrachtet, der gesellschaftliche Orientierung ermöglicht, dabei allerdings auch als Ausdruck von Macht gelesen werden kann und selbst Machteffekte tätigt. Wichtig war mir hier, die doppelte Funktion von Journalismus hervorzuheben: Er bietet eine öffentliche Arena für erinnerungskulturelle Auseinandersetzungen verschiedener sozialer Akteur*innen, zugleich sind Journalist*innen selbst aber auch als aktive Erinnerungsagent*innen (*memory agents*) zu betrachten. Insbesondere Stuart Halls Überlegungen zur dreifachen kulturellen Funktion der Massenmedien erhellen in dieser Hinsicht die gesellschaftliche Machtfrage. Bezogen auf diskursive Kämpfe um gesellschaftliche Erinnerungen

lässt sich hieran theoretisch argumentieren, dass mediale Texte zur deutschen Kolonialzeit und dem Genozid an den Ovaherero und Nama in einem größeren kulturellen Zusammenhang als Elemente eines komplexen und prinzipiell un abgeschlossenen gesellschaftlichen Prozesses der Bedeutungsproduktion zu betrachten sind. Journalistische Beiträge beziehen sich kommunikativ auf bestehende Wissensvorräte und knüpfen an Diskurse an. Vielfach reproduzieren sie dabei bereits etablierte Deutungen der Vergangenheit, können diese aber auch herausfordern und umdeuten sowie neue Themen, Aspekte oder Perspektiven einbringen.

Kosmopolitisierung und Anerkennung aus postkolonialer Perspektive

In Kapitel 5 habe ich die Überlegungen zu Erinnerungsdiskursen in der gegenwärtigen Medienkultur auf aktuelle Bedingungen der Globalisierung bezogen und dabei insbesondere die Bedeutung des globalisierten Diskurses um den Holocaust diskutiert. Ergänzend zu theoretischen Perspektiven und konzeptuellen Entwürfen der Memory Studies habe ich mich auf Ansätze eines neuen kritischen Kosmopolitismus bezogen, der als ethische Verpflichtung die *Anerkennung der Andersheit der Anderen* sieht. Argumentiert habe ich hier, dass eine Kosmopolitisierung von Erinnerungsdiskursen im Sinne einer Pluralisierung von Bezugsrahmen nicht automatisch Anerkennung von historischem Unrecht weltweit befördert, sondern jeweils einer differenzierten empirischen Überprüfung bedarf und dabei auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden sollten.

Mit Schwerpunkt auf die *materiellen* Bedingungen für post-/koloniale Erinnerungsdiskurse habe ich mich kritisch mit den völkerrechtlichen Grundlagen und der globalen Menschenrechtspolitik auseinandergesetzt und hier ein *post-/koloniales Dilemma* aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund habe ich ein Verständnis von Anerkennung, Umverteilung und Partizipation als zentrale Elemente historisch-ausgleichender Gerechtigkeit entwickelt. Eine solche gesellschaftstheoretisch informierte, dezidiert postkoloniale Forschungsperspektive erlaubte mir, anhand des medialen Pressediskurses um den Genozid an den Ovaherero und Nama kritisch nach gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Ausschlussverhältnissen post-/kolonialer Erinnerungsdiskurse in der gegenwärtigen Medienkultur zu fragen und dabei v.a. die zugrundeliegende normative Ordnung des kulturellen (nationalen) Selbstverständigungsprozesses innerhalb der hegemonialen Öffentlichkeit zu re- bzw. zu dekonstruieren. Zugleich konnte ich aber auch nach den kosmopolitischen Potenzialen der Berichterstattung zum Ovaherero- und Nama-Genozid fragen und somit gerade die Ambivalenzen zu fokussieren. Insbesondere interessierte mich hier, unter welchen Bedingungen sich im Kontext der Globalisierung von Medienkulturen möglicherweise Potenziale für die Kosmopolitisierung von Erinnerungsdiskursen entwickeln; gefragt habe ich aber auch, welche strukturellen Schwierigkeiten mit der ›Anerkennung der Anderen‹ und der Entschädigung kolonialen Un-

rechts verbunden sind. Das Verhältnis von Anerkennung, Umverteilung und Partizipation/Handlungsfähigkeit (*agency*) sehe ich unter post-/kolonialen Bedingungen im Zusammenhang mit umkämpften Erinnerungsdiskursen in der gegenwärtigen Medienkultur als zentrale Dimensionen von historisch-ausgleichender Gerechtigkeit.

In der Zusammenführung der theoretischen Perspektiven habe ich ein Modell entwickelt, welches Erinnerungsdiskurse, Medienkultur und Kosmopolitisierung als zentrale Dimensionen in der Untersuchung von umkämpften post-/kolonialen Erinnerungsdiskursen in der gegenwärtigen Medienkultur benennt und für die anschließende empirische Analyse des medialen (journalistischen) Diskurses um den Ovaherero- und Nama-Genozid in Gestalt analyseleitender Teilforschungsfragen operationalisiert. Zusammengefasst zeigt die vorliegende Arbeit folgende neue theoretische Perspektiven auf:

- Sie entwickelt eine machtkritische, gesellschaftstheoretisch fundierte Perspektive auf gegenwärtige erinnerungskulturelle Auseinandersetzungen um die deutsche Kolonialgeschichte und den Genozid an den Ovaherero und Nama in der *gegenwärtigen* Presseberichterstattung.
- Sie leistet einen theoretischen Beitrag zum Verständnis eines solchen (mediatisierten) Aushandlungsprozesses als diskursive Konstruktion eines kollektiven Gedächtnisses und betont die Pluralität, Dynamik und Umkämpftheit von Erinnerungskulturen. Dabei fokussiert sie dabei auf konkrete erinnerungskulturelle Praktiken der Bedeutungskonstruktion und Fragen nach Hegemonie und De-/Legitimierung.
- Sie entwickelt eine kritische *postkoloniale* Lesart des gegenwärtigen medialen Erinnerungsdiskurses um den Ovaherero- und Nama-Genozid als Problematisierungsperspektive, welche über die Ebene der medialen Repräsentation hinausweist und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse berücksichtigt.
- Sie entwirft eine transdisziplinäre Perspektive auf Erinnerungsdiskurse als vielstimmige, kommunikative, mediatisierte und zunehmend transkulturelle Aushandlungsprozesse und verbindet dabei Ansätze aus den Feldern der Memory Studies, Medien- und Kommunikationswissenschaft und Postcolonial Studies mit anerkennungs- und gerechtigkeits-theoretischen Überlegungen.
- Sie entwickelt einen diskursanalytischen, sozialwissenschaftlichen und speziell wissenssoziologischen Zugang für empirische Studien an der Schnittstelle von Post-/Kolonialismus, Erinnerung und Journalismus, der Überlegungen von Foucault zu Ereignissen und Problematisierungsweisen aufgreift und für die Analyse *gegenwärtiger* Erinnerungsdiskurse anschlussfähig ist.

10.2 Zentrale Ergebnisse und Vorgehen der Diskursanalyse

Im Folgenden sollen nun vor dem Hintergrund der theoretischen Überlegungen und der bereits präsentierten Analysebefunde zusammenfassend empirisch fundierte Aussagen über die besondere Dynamik von diskursiven Aushandlungsprozessen post-/kolonialer Erinnerungskämpfe in der gegenwärtigen Medienkultur getroffen werden. Die Befunde der Diskursanalyse wurden in den Kapitel 7, 8 und 9 detailliert vorgestellt und am Ende eines jeden Kapitels bereits zusammengefasst.

In Kapitel 7 stand die Frage nach den Diskursereignissen und Problematisierungsweisen im Mittelpunkt. Hier ging es mir vor allem um die Rekonstruktion der spezifischen Dynamik und narrativen Struktur des journalistischen Erinnerungsdiskurses. Wie in der theoretischen Auseinandersetzung mit Foucaults Konzept der Problematisierung deutlich geworden ist, haben Ereignisse das Potenzial, Diskurse zu *irritieren* und ihren Verlauf nachhaltig zu verändern. Vor diesem Hintergrund habe ich die vier ausgewählten Diskursereignisse und -formationen in chronologischer Reihenfolge insbesondere in Hinsicht darauf analysiert, welches erinnerungskulturelle (Problematisierungs-)Wissen jeweils (neu) in den Diskurs eingespeist wurde und wie sich dadurch die Grenzen des politisch Sagbaren verschoben haben.

Im Kapitel 8 lag der Fokus auf medialen Repräsentationen von Ovaherero und Sprechpositionen von Nachfahr*innen der Opfer des Genozids. Hier habe ich im ersten Teil mediale Repräsentationen der historischen Protagonist*innen hinsichtlich der Frage betrachtet, inwiefern die Opfer des Genozids medial anerkannt werden bzw. durch welche Repräsentationsmuster ihnen Anerkennung verwehrt wird. Im zweiten Teil richtete sich der Blick dann auf die Frage, wie heutige Vertreter*innen der Ovaherero im medialen Diskurs sprechen dürfen und in welchem Verhältnis Anzuerkennende und Anerkennende zueinander positioniert werden.

In Kapitel 9 steht die Frage im Mittelpunkt, unter welchen Bedingungen und innerhalb welcher gesellschaftlichen Normen eine »kosmopolitische Erinnerung« und Anerkennung im Diskurs um den Ovaherero- und Nama-Genozid ermöglicht oder auch verhindert wird. In einer herrschaftskritischen, dezidiert *postkolonialen* Problematisierungsperspektive und mittels eines erweiterten gesellschaftstheoretischen Verständnisses von Anerkennung (und Umverteilung) habe ich den Fokus der Diskursanalyse hier auf Aspekte gelenkt, die in den vorherigen Analysen – deren Fokus sich auf mediale Repräsentationen richtete – nicht oder nur am Rande berücksichtigt wurden. In den Blick gerieten sowohl vermeintlich »universale« Normen als auch globale Interdependenzen, insbesondere die geopolitisch und sozioökonomisch begründeten post- und neokolonialen Machtverhältnisse und Ausschlussmechanismen, welche den Kampf um Anerkennung und Gerechtigkeit bedingen.

Die zentralen Ergebnisse der Diskursanalyse werde ich nun noch einmal kapitelübergreifend zusammenfassen und vor dem Hintergrund meiner theoretischen Überlegungen, dem formulierten Erkenntnisinteresse und der zentralen Fragestellungen dieser Arbeit diskutieren.

Wann und auf welche Weisen wird medial an den Genozid erinnert?

In der empirischen Analyse habe ich die Einreichung der HPRC-Sammelklage im Jahr 2001 als ein Ereignis betrachtet, in dessen Zuge deutsche Kolonialverbrechen und deren Folgen im heutigen Namibia erstmals eine breitere Berichterstattung in der deutschsprachigen Presse erfahren haben. Die zentrale Fragestellung der empirischen Diskursanalyse richtete sich darauf, wie der Anerkennungskampf der Nachfahr*innen der Opfer deutscher Kolonialverbrechen – vor dem Hintergrund der lauter werdenden Forderungen nach einer offiziellen Entschuldigung und Entschädigung sowie angesichts verschiedener Klageversuche und den zähen Verhandlungen zwischen deutschen und namibischen Regierungen – gegenwärtig im medialen Diskurs verhandelt und wie in diesem Zuge eine gesellschaftliche Erinnerung an die historischen Ereignisse konstruiert wird. Vor dem Hintergrund der These einer ›kolonialen Amnesie‹ habe ich hier, anders ausgedrückt, gefragt: Was geschieht, wenn das hegemoniale weiße Schweigen im öffentlich-medialen Diskurs aufgebrochen wird?

Zunächst habe ich ausgehend von der Debatte um die These einer ›kolonialen Amnesie‹ hinsichtlich der Herausbildung eines post-/kolonialen Erinnerungsdiskurses festgestellt, dass die deutsche Kolonialvergangenheit in den untersuchten Medien überhaupt öffentlich thematisiert und zunehmend als gesellschaftlich relevant gesetzt wird. Im Zuge einer kritischen Erinnerung werden vormals dominante Erzählungen und Deutungsmuster explizit herausgefordert, wie etwa die Aussage, die deutsche Kolonialgeschichte sei vergleichsweise kurz gewesen und deswegen bedeutungs- und folgenlos.

Insgesamt zeigt sich die Herausbildung eines kritischen post-/kolonialen journalistischen Erinnerungsdiskurses, der Prozess der Anerkennung kolonialen Unrechts verläuft dabei jedoch diskontinuierlich und ist durch größere zeitliche Lücken und Brüche geprägt. In dieser Hinsicht wird deutlich, dass der Kolonialvergangenheit und speziell dem Genozid in SWA nur aufgrund bestimmter aktueller Ereignisse gesamtgesellschaftliche Relevanz beigemessen wird. Die Frage nach den konkreten Anlässen der Berichterstattung lässt den Befund zu, dass zum einen aufgrund von Jubiläen im Sinne des Gedenktagsjournalismus an den Krieg und Genozid in SWA erinnert wird; zum anderen bieten vor allem politische Auseinandersetzungen Anlässe für eine Berichterstattung. Daneben wurde die koloniale Vergangenheit in SWA anlässlich der juristischen Klageversuche der Ovaherero oder der Rückgabe menschlicher Gebeine an Namibia öffentlich-medial relevant

gesetzt. Wissenschaftliche Auseinandersetzungen bieten Kontinuität in den Auseinandersetzungen, sie erscheinen jedoch als Spezialdiskurs und werden überwiegend in den Rezensionsteilen der Zeitungen verfolgt. Das Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen bleibt im Diskurs auffällig unsichtbar und findet nur punktuell im Zuge der Berichterstattung über herausragende Ereignisse Erwähnung.

Wie die empirische Analyse zeigt, wird im Untersuchungszeitraum von 2001 bis 2016 sukzessive (historisches) Wissen um die deutsche Kolonialherrschaft in SWA und insbesondere die Kolonialkriege gegen die Ovaherero und Nama und deren Folgen herausgebildet, auf dessen Grundlage der Kampf um Anerkennung verhandelt wird. Dabei wird in referierenden Berichten in erster Linie auf ›Daten und Fakten‹ gesetzt, die Erzählung wird jedoch gerade in Reportagen und Features stark dramaturgisch aufbereitet. Durch die intensive Berichterstattung bildet sich im Untersuchungszeitraum eine Erzählung über den Genozid und seine Folgen im heutigen Namibia heraus, welches in hinsichtlich der zentralen Daten und Interpretationen kohärent ist, im Sinne einer agonistischen Erinnerungskultur aber auch Widersprüche und gesellschaftliche Deutungskämpfe sichtbar macht.

Im Rückbezug auf die Debatte um die These einer ›kolonialen Amnesie‹ bzw. ›Aphasie‹ in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zeigt meine Analyse, dass die koloniale Vergangenheit in der journalistischen Berichterstattung zunehmend aktiv erinnert und dabei selbst die ›koloniale Amnesie‹ auf politischer und gesellschaftlicher Ebene kritisch thematisiert wird. Über die Berichterstattung bildet sich eine mediale erinnerungskulturelle Öffentlichkeit heraus, innerhalb derer verschiedene Stimmen zu Wort kommen und so ein vielstimmiger Kommunikationsraum entsteht. Dabei verschieben sich anlässlich verschiedener Diskursereignisse und medialer Interventionen die Grenzen des Feldes des politisch (Nicht-)Sagbaren. Gerade für eine Analyse, die auf die *Ambivalenzen* post-/kolonialer Erinnerungsdiskurse zielt, ist eine differenzierte Darstellung der Befunde gefordert. Statt von einem grundlegenden »Wandel« post-/kolonialer Erinnerungsdiskurse erscheint es auf der Grundlage der präsentierten Ergebnisse der Analyse angemessener, hier von *Verschiebungen* von Sagbarkeiten und Deutungshoheiten in der hegemonialen Öffentlichkeit zu sprechen.

Journalistische Bezeichnungen für den Genozid

Ein wichtiger Anhaltspunkt für die Diskursanalyse waren die Begrifflichkeiten, die in den untersuchten Artikeln für den Genozid an den Ovaherero und Nama gewählt worden sind. Dabei fällt auf, dass in vielen der früheren Artikel Anfang der 2000er-Jahre verschiedene Bezeichnungen – von »Aufstand« oder »Massaker« bis zu »Verbrechen« und »Völkermord« – gewählt werden; abwehrend wird auch von einem »angeblichen Völkermord« geschrieben. Im Verlauf des Untersuchungszeitraums setzt sich ab dem Jahr 2004 dann der Begriff »Völkermord« medien- und

redaktionsübergreifend durch und wird fast einheitlich verwendet – lange *bevor* der Genozid im Jahr 2015 vom Bundestag (Lammert) und Auswärtigen Amt offiziell als solcher anerkannt worden ist. Der öffentlich-mediale Diskurs setzt sich damit über die Grenzen des politisch Sagbaren hinweg, wobei die Frage der Einordnung des Genozids auch medial ein umstrittenes Thema bleibt. Insbesondere der ausführlich behandelte *Spiegel*-Beitrag von Bartholomäus Grill mit dem Titel »Gewisse Ungewissheiten« aus dem Jahr 2016 demonstriert, dass die Deutung des Genozids medial auch zum Ende des Untersuchungszeitraums stark in Zweifel gezogen und explizit die Frage gestellt wird, ob es einen solchen Völkermord »überhaupt gegeben« habe (vgl. dazu ausführlich Kapitel 7.4.6). Dieser Artikel bildet im Sample zwar eine Ausnahme und steht mit seiner extremen Position zu diesem Zeitpunkt allein, nichtsdestotrotz verweist er auf kolonialapologetische Tendenzen und Abwehrmechanismen, welche im Zuge der politischen Anerkennung des Genozids in verschiedenen Teilöffentlichkeiten hervorgerufen werden (vgl. Kößler/Melber 2017: 109).

Deutlich subtiler, aber häufiger sind ambivalente Bezeichnungen wie »Deutsch-Südwest« (FAZ, 28.9.2001), welche die aktuellen Auseinandersetzungen auf eine ferne koloniale Konstruktion beziehen und diese mit einer erinnerungskulturellen Erzählung füllen. Durch die Verwendung dieser kolonialen Bezeichnungen wird der damalige Herrschaftsanspruch – den einige Gruppen bis heute beanspruchen – medial stabilisiert. Kritisch betrachtet habe ich insbesondere koloniale Bezeichnungen wie »Häuptling« und »Stamm«, die nicht nur im Kontext der Rekonstruktion der historischen Ereignisse genutzt werden, sondern auch zur Bezeichnung heutiger Generationen der Ovaherero und Nama und ihrer zentralen Sprecher*innen im Untersuchungszeitraum, insbesondere im Zusammenhang mit Repräsentationen der beiden Paramount Chiefs Riruako und Rukoro (vgl. Kapitel 8.2). Die medienübergreifende, häufig unkritische Verwendung dieser kolonialen Begriffe verweist auf ein verbreitetes fehlendes Problembewusstsein innerhalb der Redaktionen verschiedener Zeitungen.¹ Auffällig ist zudem, dass Agenturmeldungen in der Regel mit der Ortsmarke »Windhuk« versehen sind und damit an einer kolonial-deutschen Schreibweise der heutigen namibischen Hauptstadt festhalten; in den späteren Jahren des Untersuchungszeitraums wird häufiger die offizielle Bezeichnung »Windhoek« verwendet, woran sich ein Wandel in den Redaktionen festmachen lässt.

1 In dieser Studie ging es darum, einen Überblick über Aussagen zum Ovaherero- und Nama-Genozid in einem politisch-publizistischen Spektrum zu bieten. Auch wenn es dezidiert *nicht* darum ging, die ausgewählten Medien zu vergleichen, soll hier angemerkt sein, dass auch Beiträge aus der *taz* mit irritierenden Überschriften wie »Namibier verweigern Herero-Küsschen« (*taz*, 1.10.2011) diskussionswürdig sind.

Das post-/koloniale Quellenproblem

Hinsichtlich der Frage der *Quellen* für die journalistische Re-/Konstruktion der historischen Ereignisse möchte ich hier abschließend nochmals auf das bereits eingangs aufgeworfene *post-/koloniale Quellenproblem* verweisen. Wie in der Geschichtswissenschaft, so zeigt sich auch mit Blick auf die untersuchte Berichterstattung, dass überwiegend auf Quellen aus dem kolonialen Archiv zurückgegriffen wird. Angeführt werden – neben Verweisen auf wissenschaftliche Studien – etwa Feldpostbriefe, Aufzeichnungen von Missionar*innen oder koloniale Siedler*innen-Literatur. Mehrfach zitiert wird der sog. ›Vernichtungsbefehl‹ von General von Trotha und weitere brutalisierende kolonial-rassistische Aussagen von Mitgliedern der damaligen Kolonialarmee. Indem diese Quellen wortwörtlich und teils ausführlich zitiert werden, wird der koloniale Blick auf die ehemals Kolonialisierten und die Rechtfertigung der massiven Gewalt gegen sie im gegenwärtigen medialen Erinnerungsdiskurs re-/produziert – oftmals ohne eine kritische Reflexion und Distanzierung.

Die Perspektiven der ehemals Kolonialisierten werden dagegen eher marginalisiert. Ausführlichere Berichte über die spezifischen Erinnerungspraktiken der Ovaherero wie insbesondere den *oturupa*-Paraden bieten wertvolle Einblicke in die über Generationen tradierten Narrative aufseiten der ehemals Kolonialisierten; solche Beispiele finden sich im Untersuchungsmaterial aber selten und tendieren oftmals zu einer *Infantilisierung* der Ovaherero (vgl. Kapitel 8.2.1). Persönliche Erzählungen wie das Portrait von Erika Uazuvara Zerau stellen Ausnahmen im Sample dar (vgl. Kapitel 8.2.5). Sie zeigen exemplarisch, wie mündliche Erzählungen und Erinnerungskulturen der Ovaherero für eine bundesdeutsche Öffentlichkeit ›übersetzt‹ werden können. Zudem kehren sie den Blick um und betrachten die damaligen Kolonialist*innen und heutigen Nachfahr*innen aus der Perspektive der ehemals Kolonialisierten, die im heutigen Namibia als Bedienstete für die Nachfahr*innen der damaligen ›Mörder ihres Volkes‹ arbeiten (müssen). Damit bildet dieses Beispiel einen konstruktiven Ansatzpunkt für anerkennende Repräsentationsweisen und Sprechpositionen in der journalistischen Berichterstattung über den Ovaherero- und Nama-Genozid.

Wer darf/kann im Diskurs wie sprechen?

Anhand der untersuchten Berichterstattung wird deutlich, dass die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen um den Genozid von Spannungen geprägt sind und gegenwärtig nicht nur verhandelt wird, *wie* diese Ereignisse erinnert werden sollen, sondern zugleich auch, *wer* an den Auseinandersetzungen darüber beteiligt ist oder sein soll und wer diskursiv ausgeschlossen wird. In der Analyse habe ich drei zentrale Gruppen von Akteur*innen identifiziert, die den Diskurs um den Ovaherero- und Nama-Genozid maßgeblich mitgestalten: Poli-

tiker*innen aufseiten der Bundesregierung, Vertreter*innen der Ovaherero und Nama sowie wissenschaftliche Expert*innen.

Politiker*innen werden in diesem Diskurs als zentrale Handlungsträger*innen und potenzielle Problemlöser*innen präsentiert. Ihr Handeln wird medial aufmerksam verfolgt und dabei vor allem auf die Be- und Entgrenzungen des politisch (Nicht-)Sagbaren fokussiert. Die ›rhetorischen Ausflüchte‹ verschiedener Vertreter*innen der Bundesregierung werden in der Berichterstattung kritisch kommentiert. Politiker*innen erscheinen in den meisten Fällen eher als Problemverursacher*innen.

Die Ovaherero und Nama erscheinen zum einen als historische Protagonist*innen, zum anderen als heutige mobilisierte ›Minderheitsgruppen‹, die sich als Nachfahr*innen der Opfer des Genozids präsentieren und Forderungen nach Anerkennung und Entschädigung des kolonialen Unrechts artikulieren. Wie ich in der Analyse von medialen Repräsentationen detailliert dargelegt habe, werden Vertreter*innen der Ovaherero und Nama mittels verschiedener diskriminatorischer Zuschreibungen herabgesetzt; Anerkennung wird ihnen verwehrt. Sie werden z.B. als widerständige Kontrahent*innen dargestellt, die der deutschen Kolonialmacht nicht ausgeliefert waren, sondern ihrerseits massive Gewalttaten begangen haben. Hier findet eine diskursive Umkehr von Opfern und Täter*innen statt. In der Berichterstattung wird deutlich, dass klare kategoriale Zuschreibungen von Opfer- und Täter*innenschaft wie auch Begriffe von ›Schuld‹ und daraus abzuleitenden Verantwortlichkeiten zunehmend unhaltbar erscheinen (vgl. Rothberg 2019: 14). Im Kontext von Auseinandersetzungen um koloniales Unrecht und seine Folgeerscheinungen ist es produktiv, mit Rothberg (2019) von »verstrickten Subjekten« (*implicated subjects*) zu sprechen (vgl. Kapitel 5.1.4).

Die Forderungen nach Anerkennung kolonialen Unrechts und Stimmen von Nachfahr*innen der Opfer des Genozids werden über die mediale Berichterstattung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit hörbar/sichtbar. Zentrale Sprechpositionen werden den Paramount Chiefs Riruako und Rukoro zugewiesen, welche als (Haupt-)Initiatoren der Sammelklagen der Ovaherero präsentiert werden. Sie werden medial jedoch in vielen Beiträgen tendenziell mit Misstrauen bedacht; bspw. werden sie als (zu) selbstbewusst bis aggressiv, als rüpelhaft und bedrohlich, als zwielichtig und ›geldgierig‹ dargestellt – die Legitimität ihres Führungsanspruchs wird in der untersuchten Berichterstattung wiederholt infrage gestellt. Überwiegend werden Riruako und Rukoro als »umstrittene« Anführer diskreditiert, die sich mittels der Entschädigungsforderungen politisch profilieren und persönlich bereichern wollen (vgl. Kapitel 8.3.1 und 8.3.2). Anhand dieser Beispiele zeigt sich eine starke Personalisierung von Umverteilungsforderungen im Diskurs um den Ovaherero- und Nama-Genozid, welche mit problematischen Stereotypisierungen einhergeht.

Die Berichterstattung wirkt dagegen differenzierter, sobald direkte Kontakte mit anderen Vertreter*innen der Ovaherero und Nama hergestellt und diese in Interviews wörtlich zitiert werden (können); solche Möglichkeiten eröffnen sich jedoch in der Regel lediglich für aufwendigere Auslandsreportagen, aber auch im Rahmen von Besuchen der Opferkomitees in der Bundesrepublik, wie z.B. der Besuch von Esther Utjua Muinjangu (vgl. Kapitel 8.3.3).

Eine große Deutungsmacht kommt im untersuchten Diskurs um den Ovaherero- und Nama-Genozid v.a. Wissenschaftler*innen (insbesondere Historiker*innen) zu, die in ihrer Funktion als »Expert*innen« sichtbar werden und fachliches Hintergrundwissen zur Interpretation der gegenwärtigen Situation einbringen, aber darüber hinaus auch ihre eigenen Einschätzungen z.B. in Form von Gastkommentaren prominent platzieren (vgl. Robel 2013: 141). Vor allem *weiße*, männliche Wissenschaftler übernehmen im medialen Diskurs die Rolle der »Experten« zum Thema; sie führen oftmals einen fachlichen Spezialdiskurs in den Medien fort. Insbesondere der Historiker Jürgen Zimmerer wird als *public intellectual* präsentiert, der mit zahlreichen Interviews und Gastbeiträgen in der untersuchten Berichterstattung eine einflussreiche Sprechposition einnimmt und nicht nur die historischen Ereignisse einordnet, sondern auch die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen fortlaufend kommentiert.

Eine zentrale Fragestellung der Analyse, welche über die Ebene der medialen Repräsentation hinauswies, habe ich mit Blick auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dahingehend formuliert, unter welchen materiellen Bedingungen und unter Bezug auf welche Normen die Frage von Anerkennung und Entschädigung des Genozids im untersuchten Diskurs verhandelt wird.

Anerkennung, Umverteilung und Partizipation als Elemente historischer Gerechtigkeit
Zunächst einmal ist für die Perspektive der vorliegenden Arbeit wichtig, festzustellen, dass Forderungen nach Anerkennung in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen infolge von Diskriminierungserfahrungen zu betrachten sind. Im hier untersuchten Fall der Ovaherero und Nama bspw. kann davon ausgegangen werden, dass deren Forderungen nach einer offiziellen Anerkennung (und Entschädigung) des Genozids – welche seit Namibias Unabhängigkeit in den 1990er-Jahren zunehmend lauter geworden sind und in der Sammelklage von 2001 juristischen Ausdruck gefunden haben – eine Reaktion auf Jahrzehnte der Ignoranz sowohl im namibischen Setting als auch v.a. seitens der deutschen Bundesregierung sind (vgl. Kößler 2015; Kößler/Melber 2017). Mit Blick auf das »Trauma«, welches aufseiten der Nachfahr*innen der Opfer über Generationen weitergegeben wurde und als identitätsprägend gilt, kann von einer gesellschaftlichen Nicht-Anerkennung gesprochen werden.

Dabei demonstriert gerade die anhaltende politische Diskussion zum Genozid an den Ovaherero und Nama, dass dessen klare *Benennung* nicht notwendigerweise mit Akten der *Anerkennung* – weder in Form einer symbolischen Entschuldigung noch mit einer juristischen Anerkennung und Verpflichtung zur Entschädigung – verbunden sein muss. Die Diskursanalyse zeigt, dass auch der mediale Diskurs selbst ambivalent bleibt angesichts der Forderungen v.a. Entschädigungszahlungen und sich v.a. die Anerkennungsordnungen letztlich kaum verändern, wenn gleich neue Solidarisierungen und Bündnisse entstehen. Wie gezeigt wurde, bleibt die Handlungsfähigkeit von Opferverbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen begrenzt, während autoritäre Sprechpositionen und somit Deutungsmacht vor allem bei wissenschaftlichen ›Expert*innen‹ liegen. Mit Blick auf die gegenwärtige Medienkultur sind auch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Metaprozesse wie Globalisierung, die Herausbildung einer neuen internationalen Moral und Politik der ›Wiedergutmachung‹ und in diesem Zusammenhang etwa auch völkerrechtliche Entwicklungen zu reflektieren (vgl. Kapitel 5 und 9).

Mit Blick auf die Auseinandersetzung um den Genozid an den Ovaherero und Nama wird deutlich, dass die Forderung nach Anerkennung, etwa in Form einer offiziellen Entschuldigung durch die Bundesregierung, *nur ein Element* im gegenwärtigen Anerkennungskampf ist. Darüber hinaus geht es um Forderungen nach einer materiellen ›Entschädigung‹, die v.a. im Mittelpunkt der juristischen Klagegesuche steht, in denen Reparationen nach dem Vorbild der NS-Entschädigungspolitik gefordert werden. Anerkennung ist in dieser Hinsicht nicht als ultimatives Ziel, sondern als Strategie zur Forderung nach materieller Umverteilung – etwa in Form monetärer Entschädigung historischen Unrechts – zu verstehen. Die Forderungen der Ovaherero und Nama können nach Anerkennung in Form einer offiziellen Entschuldigung der deutschen Bundesregierung, materieller Entschädigung und Rückübertragung früherer Ländereien sowie die Rückführung von Schädeln von Vorfahr*innen aus der Zeit des Genozids können also im Sinne Frasers als untrennbare Elemente von Gerechtigkeit betrachtet werden. Ergänzend lässt sich hier auch die Rückführung von Objekten, die während der Kolonialzeit entwendet worden sind und bis heute in europäischen Sammlungen lagern, und insbesondere die Rehumanisierung menschlicher Gebeine, als ein weiteres Element historisch-ausgleichender globaler Gerechtigkeit im post-/kolonialen Kontext verstehen.

Globale Interdependenzen

Vertreter*innen der Postcolonial Studies betonen die Bedeutung globaler Interdependenzen. Diese werden in der Berichterstattung nur am Rande betrachtet. Der Ovaherero- und Nama-Genozid wird im medialen Diskurs überwiegend *isoliert* als ein herausragendes historisches Ereignis diskutiert, welches bis in die politisch-gesellschaftlich Gegenwart Langzeitfolgen für die Nachfahr*innen im heutigen Na-

mibia hat. Der größere Kontext der spezifisch deutschen Kolonialgeschichte – oder in einem globalen Rahmen: der europäischen Kolonialisierung insgesamt – wird in den meisten Berichten nicht aufgezeigt. Dieser Umstand ist bemerkenswert, da die Sammelklage der Ovaherero ursprünglich im Kontext der panafrikanischen Reparationsbewegung zu sehen ist (vgl. Kapitel 7.1.1). Dieser größere Kontext gerät im Untersuchungszeitraum aus dem Blick der Berichterstattung, die die spezifische deutsch-namibische Konstellation als Kontext der Auseinandersetzungen um den Ovaherero- und Nama-Genozid fokussiert und hier in erster Linie ein zwischenstaatliches und ein innerstaatliches Problem konstruiert. Die Schwierigkeiten bei den ›zähen‹ bilateralen Verhandlungen werden v.a. auf die namibische Seite und innernamibische Konflikte zwischen der SWAPO-Regierung und den Opfergruppen der Ovaherero und Nama projiziert. Der Konflikt erscheint als komplex und verfahren; es werden verschiedene Dilemmata angesprochen – konkrete weiterführende Lösungswege werden hingegen selten aufgezeigt.

In dieser Hinsicht lässt sich eine Rückadressierung von Verantwortung an die namibische Regierung und z.T. eine Ethnisierung oder ›Afrikanisierung‹ der Problembeschreibung aufzeigen, insofern ›Vetternwirtschaft‹ im multiethnisch geprägten politischen System Namibias als Ursache für die Unzulänglichkeiten der bisher geleisteten ›Entwicklungshilfe‹ gedeutet wird. Eine fundamentale globale Umverteilungspolitik wird medial nicht in Betracht gezogen:

Westliche Privilegien, die auf Kolonialisierung und Versklavung gründen, werden nicht tiefergehend thematisiert, an der bestehenden Weltordnung wird trotz der Einsicht in post-/koloniale Asymmetrien und historisches Unrecht festgehalten; z.B. wird das Völkerrecht nicht grundsätzlich infrage gestellt. Insgesamt bleibt die mediale Perspektive durch eurozentrische Weltentwürfe und Normvorstellungen geprägt.

Ein *post-/koloniales Dilemma* zeigt sich dahingehend, dass sich Nachfahr*innen der Opfer des Genozids aufgrund der politischen Ausschlüsse auf internationales Recht berufen; dieses hält jedoch aufgrund der eurozentrischen Normen und post-/kolonialen Asymmetrien ebenfalls kaum Mittel für die klagenden Gruppen im Kampf gegen die ehemaligen Kolonialmächte bereit, da es auf kolonialen Grundlagen beruht, die eine Verurteilung kolonialer Verbrechen systematisch unmöglich machen. Wenngleich auch ansatzweise eine postkoloniale Kritik an der bestehenden völkerrechtlichen Ordnung angeführt wird, werden koloniale Asymmetrien im untersuchten Diskurs als quasi ›naturgegeben‹ konstruiert. Nichtsdestotrotz wird das Prinzip der staatlichen Souveränität durch Klagen in den USA als bedroht und somit als prinzipiell veränderbar dargestellt. Insgesamt ergibt sich somit ein ambivalentes Bild der globalen (völker-)rechtlichen Ordnung.

Abschließend kann festgestellt werden, dass eurozentrische Normen und Konventionen sowie post-/koloniale Ungleichheiten und Abhängigkeitsverhältnisse den Kampf um Anerkennung der Opfergruppen sowohl in die vermeintlich

kosmopolitische Erinnerungskultur als auch in gesellschaftliche, politische und völkerrechtliche Regimeeingeschrieben sind. Der öffentliche mediale Diskurs ist somit auf komplexe Weise vermachtet; die zugrundeliegenden Machtstrukturen und Normen werden in der Berichterstattung nicht hinreichend reflektiert. Demgegenüber zeigt sich ansatzweise, wie sich derartige Ordnungen im Zuge einer Kosmopolitisierung von Erinnerungsdiskursen jedoch auch in Richtung einer *dekolonialen* Perspektive verschieben können. Insgesamt zeigt meine Untersuchung, dass die Verhandlung von erinnerungspolitischen Kämpfen um Anerkennung keinem linearen Prozess, keiner politischen ›Erfolgsgeschichte‹ entspricht, sondern der post-/koloniale Erinnerungsdiskurs um den Ovaherero- und Nama-Genozid anhaltend umkämpft und widersprüchlich ist, stets überraschende Wendungen nehmen kann und daher differenzierter empirischer Analysen und der fortlaufenden kritischen Reflexion bedarf.

10.3 Methodenreflexion, gesellschaftspolitische Relevanz und Ausblick

Für die empirische Analyse habe ich eine diskursanalytische Herangehensweise gewählt, welche sich zentral an der Diskurstheorie von Foucault orientiert. In der Medien- und Kommunikationswissenschaft hat sich die Diskursanalyse als gewinnbringender Forschungsansatz erwiesen, der jedoch sehr unterschiedliche Ausrichtungen erfahren hat. Vor allem in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft sind bisher nur zögerlich diskursanalytische Herangehensweisen und speziell Anbindungen an die Diskurstheorie nach Foucault erfolgt. Das Foucault'sche Konzept der Problematisierung eignet sich – zusammen mit seinem Konzept des Ereignisses – insbesondere für eine Analyse der *Dynamik* in diskursiven Auseinandersetzungen in der gegenwärtigen Medienkultur wie dem medialen Diskurs um die Anerkennung des Ovaherero- und Nama-Genozids, da sie die synchrone und die diachrone Perspektive verschränkt. In den Ausführungen von Foucault wird jedoch nicht weiter darauf eingegangen, wer die Subjekte von Diskursen sind, und es fehlen auch Hinweise zur methodischen Durchführung entsprechender Analysen.

Adaption der Wissenssoziologischen Diskursanalyse für die Memory Studies

Bei der Anlage der vorliegenden empirischen Untersuchung und dem konkreten methodischen Vorgehen habe ich mich deshalb zentral am Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) nach Reiner Keller orientiert, der vorschlägt die Foucault'sche Diskurstheorie mit Ansätzen aus der Hermeneutik und Sozialkonstruktivismus nach Berger und Luckmann (1966) – welcher gleichzeitig auch das oftmals übersehene »Fundament und den Fundus für die konstruktivistische und kultursemiotische Beschäftigung mit dem kollektiven Gedächtnis«

(Erl 2011a: 54) bildet (vgl. Kapitel 3.2.2) – zu verknüpfen. Die WDA schafft an dieser Stelle somit nicht nur einen »Brückenschlag« zwischen der machtkritischen Foucault'schen Diskurstheorie und dem Sozialkonstruktivismus, sondern auch zwischen sozialwissenschaftlicher Diskurs- und Erinnerungskulturforschung.

Die wissenssoziologisch orientierte diskursanalytische Herangehensweise hat sich in dieser Arbeit als produktiver Forschungsansatz erwiesen, der theoretische Fundamente kultur- und sozialwissenschaftlicher Theorien von kollektivem Gedächtnis und Erinnerungskulturen für die empirische Weiterarbeit insbesondere mit journalistischen Textkorpora fruchtbar macht. Sie ist anschlussfähig für erinnerungskulturelle Konzepte sowie kritische postkoloniale und feministische Perspektiven auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse in medialen Öffentlichkeiten.

Vor allem hinsichtlich des Interesses an sozialen Akteur*innen, Subjektivierungsweisen und Sprechpositionen in massenmedial vermittelten öffentlichen Diskursen erweist sich die WDA für die vorliegende Studie als produktiv. Das ausdifferenzierte soziologische Vokabular der WDA erlaubt, Journalismus im Sinne der entwickelten theoretischen Rahmung sowohl als öffentliche Arena als auch Journalist*innen als *memory agents* in post-/kolonialen Erinnerungsdiskursen in der gegenwärtigen Medienkultur zu betrachten. Die WDA zielt darauf ab, den medialen Diskurs um den Ovaherero- und Nama-Genozid in seiner kontroversen Vielstimmigkeit zu analysieren und dabei die Herausbildung und Stabilisierung erinnerungskulturellen Wissens und tradierter Deutungsmuster der Kolonialzeit und zugleich Transformationen post-/kolonialer Erinnerungsdiskurse in den Blick zu rücken.

Dabei zeigt meine Untersuchung, dass sich Analysen von *gegenwärtigen Erinnerungsdiskursen* – anders als im Falle der historischen Diskurse, die Foucault im Blick hatte – stets auf zwei parallelen Ebenen bewegen: Zum einen geht es um die Re-/Konstruktion der behandelten historischen Ereignisse, in diesem Fall der kolonialen Vergangenheit; zum anderen um die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen in der Gegenwart. In dieser Hinsicht ergibt sich eine weitere Komplexität für die Analyse von Problematisierungsweisen, die in besonderer Weise auf ihre synchronen und vor allem auch diachronen Verschränkungen hin zu untersuchen sind. Speziell für journalistische Diskurse gilt, dass diese in der Regel – gemäß dem Prinzip der Aktualität – von Ereignissen mit Nachrichtenwert in der Gegenwart ausgehend die historischen Ereignisse behandeln. Zur Beschreibung der verschiedenen Bezugnahmen zwischen Vergangenheit und Gegenwart im Journalismus erweisen sich die Erinnerungstypen von Edy (1999) als hilfreiche Instrumente für die Diskursanalyse. Dabei zeigt meine Analyse, dass im spezifischen Kontext der Berichterstattung um den Ovaherero- und Nama-Genozid der Erinnerungstyp der historischen Kontextualisierung dominiert; der Erinnerungstyp des Gedenktagsjournalismus ist dagegen vor allem im Gedenkjahr 2004 verbreitet wor-

den; historische Analogien finden sich weniger – sie werden aber insbesondere in Debatten um die gleichwertige Anerkennung des Genozids Ovaherero- und Nama-Genozids und des Armenier*innen-Genozids wirkmächtig.

Meine empirische Untersuchung demonstriert, dass gerade die Kommunikationswissenschaft mit ihrer Ausrichtung an sozialwissenschaftlichen empirischen Methoden Orientierung für die Durchführung gesellschaftstheoretisch fundierter Erinnerungskulturforschung bietet. Mit der Adaption der WDA leistet die vorliegende Arbeit somit nicht zuletzt auch einen Beitrag zur Methodendiskussion innerhalb der Memory Studies (vgl. Keightley/Pickering 2013; Radstone 2000).

Ausweitung des Datenkorpus und vertiefende Analysen

Wenngleich die vorliegende Untersuchung bewusst breit und offen angelegt war und anhand des Ovaherero- und Nama-Genozids verschiedenartige Aspekte des post-/kolonialen Erinnerungsdiskurses und des mediatisierten Anerkennungskampfes beleuchten konnte, enthält sie zwangsläufig einige Einschränkungen. Diese sollen im Folgenden insbesondere hinsichtlich einer möglichen Ausweitung des empirischen Materials und einer Anpassung des methodischen Vorgehens der Diskursanalyse reflektiert werden.

Die vorliegende Diskursanalyse hat sich auf ein Sample von Artikeln aus auf-lagenstarken Tages- und Wochenzeitungen konzentriert. Zusammengefasst habe ich die Entscheidung für eine Analyse der Berichterstattung in der FAZ, der SZ und der taz dahingehend getroffen, dass mit dieser Auswahl erstens drei auf-lagenstarke (meinungsführende) Tageszeitungen herangezogen werden konnten und somit zweitens im Hinblick auf die Periodizität dieser Medien eine Vergleich-barkeit sichergestellt wird; drittens konnte mit der Wahl dieser drei Tageszeitungen auch das politisch-publizistische Meinungsspektrum in Deutschland berücksichtigt werden. Da journalistische Berichterstattung in der gegenwärtigen Medi-enkultur über verschiedene Ausspielkanäle und Produkte verbreitet wird, wurden sowohl Print- als auch Online-Beiträge der ausgewählten Zeitungen erhoben und analysiert. Über die präsentierten Ergebnisse hinaus bietet die vorliegende Unter-suchung diverse Anschlussmöglichkeiten für (empirische) Forschungen zum The-ma.

Ausweitung des Datenkorpus

Zunächst ist festzustellen, dass dem Journalismus im Zusammenhang mit aktuel-len erinnerungskulturellen Aushandlungsprozessen um die koloniale Vergangen-heit und ihre Folgen eine wichtige Rolle zukommt und dieser daher auf breitere-r Basis systematisch und fortlaufend in empirischen Studien untersucht werden sollte.

Auf der Grundlage der vorliegenden Diskursanalyse ließen sich zunächst thematisch im Kontext des Ovaherero- und Nama-Genozids eine Ausweitung des Datenkorpus vornehmen. Eine solche bietet sich zum einen in historischer, diachroner Langzeitperspektive mit Blick auf den Wandel mediatisierter öffentlicher Erinnerungsdiskurse an; zum anderen wäre auch eine Ausdehnung der Untersuchung auf synchroner Ebene durch die Einbeziehung weiterer (vergleichbarer) journalistischer Medien empfehlenswert, z.B. weitere Tageszeitungen oder auch Audio- und Bewegtbildbeiträge von Radio- und Fernsehsendern. Darüber hinaus wäre eine transnationale Perspektive wünschenswert, da insbesondere ein Vergleich zwischen der Berichterstattung in Deutschland und Namibia, aber auch internationale Presse (USA u. a.) erhellend erscheint. Gewinnbringend wäre es, zum einen sowohl die Ebene der Produktion zu untersuchen, etwa in Form von Interviews mit Journalist*innen, insbesondere Auslandskorrespondent*innen und verantwortlichen Redakteur*innen und Ressort-Leiter*innen. Zum anderen würde auch eine Untersuchung der Rezeptionsseite z.B. in Form von Gruppendiskussionen mit Leser*innen weitere Erkenntnisse zu gesellschaftlichen Wissensvorräten und journalistischer Berichterstattung im Kontext post-/kolonialer Erinnerungsdiskurse liefern.

Aus forschungspragmatischen Gründen beschränkte sich die Analyse auf textförmige Dokumente, visuelle Elemente wurden komplett ausgespart. Eine systematische Analyse der verwendeten Bilder in der Berichterstattung würde allerdings eine lohnenswerte Ergänzung der Diskursanalyse darstellen (vgl. Grittmann 2007). Eine stichprobenartige Betrachtung zeigt bereits, dass in der untersuchten Berichterstattung vielfach historische Aufnahmen von Opfern des Genozids eingesetzt werden, deren Ikonografie es genauer zu analysieren gilt; daneben finden sich Fotografien von heutigen Vertreter*innen der Ovaherero und Nama in Uniformen und den auffälligen traditionellen Kleidern und Kopftüchern der Herero-Frauen, welche einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Für eine genauere Analyse bietet sich insbesondere das Verfahren der *quantitativen Bildtypenanalyse* an (vgl. Grittmann/Ammann 2009; 2011). Speziell mit Blick auf die Frage nach Anerkennung und Gerechtigkeit kann eine solche Bildanalyse im Kontext journalistischer Texte weitere Einsichten für die Spezifik post-/kolonialer Erinnerungsdiskurse im Journalismus bringen (vgl. Grittmann/Maier 2017; Brink 2020).

Über journalistische Medien hinaus scheint eine Untersuchung verschiedener Teilöffentlichkeiten relevant, da insbesondere Literatur und Film eine wichtige Ressource für Erinnerungsdiskurse bilden, wie v.a. die Popularität von Film- und Fernsehproduktionen mit Bezug zur deutschen Kolonialgeschichte in Namibia verdeutlichen. Insbesondere auch Deutungsangebote, die in hybriden Medienumgebungen von Produzent*innen angeboten werden, wie Blogs, Podcasts, Youtube u.v.m., sollten mit entsprechenden multimodalen Methoden analysiert werden. In den Blick geraten dann auch Angebote von aktivistischen Netzwerken und Interventionen wie dem Bündnis »Völkermord verjährt nicht« in Deutschland, welche um-

fangreiche Dokumentationen von Protesten bieten, die in der Medienöffentlichkeit aber weitestgehend unbeachtet bleiben. Mit einer solchen Ausweitung können auch Aktivitäten verschiedener Ovaherero- und Nama-Komitees in Namibia und der Diaspora stärker in den Blick gerückt werden (vgl. Pape 2017). Insbesondere könnte eine Analyse von Facebook-Gruppen zum Ovaherero- und Nama-Genozid die transnationale Bewegung als Forschungsgegenstand analysierbar machen.

Durch den Fokus der vorliegenden Untersuchung auf den Anerkennungskampf der Ovaherero sind andere Gruppen in der Diskursanalyse aus dem Blick geraten. Dies ist besonders auffällig mit Blick auf die Nama, die seit Mitte der 2000er-Jahre gemeinsam mit den Ovaherero für Anerkennung und Entschädigung kämpfen und im Jahr 2017 eine gemeinsame Klage eingereicht haben (vgl. Kößler/Melber 2017: 110ff.). Weniger augenscheinlich und gerade deswegen wichtig ist auch eine Betrachtung von Gruppen wie den Damara und San, die sich seit einiger Zeit auch explizit als Opfer der deutschen Kolonialherrschaft Gehör zu verschaffen suchen und eine Diskussion um ›Opferkonkurrenzen‹ entfacht haben.

Über den deutsch-namibischen Kontext hinaus erscheint es produktiv, die Aufarbeitung von Kolonialverbrechen in verschiedenen Länderkontexten vergleichend bzw. gerade in ihrer Verschränktheit zu untersuchen. Und zwar nicht nur, weil sich ›im Windschatten‹ des Diskurses um die Anerkennung des Ovaherero- und Nama-Genozids in der Zwischenzeit Vertreter*innen weiterer ehemaliger Kolonien (z.B. Tansania) mit ähnlichen Forderungen an die deutsche Regierung gewandt haben; sondern weil es sich bei Kolonialismus um ein globales Phänomen handelt. Mit Blick auf die globalen Interdependenzen kommt der Anerkennung und Entschädigung des Ovaherero- und Nama-Genozids als (möglicher) juristischer Präzedenzfall eine große internationale Aufmerksamkeit zu (vgl. Kößler/Melber 2017: 111f.). In dieser Hinsicht ist eine verstärkte Kooperation zwischen Wissenschaftler*innen weltweit gefordert und eine internationalere Ausrichtung von Forschungsprojekten wünschenswert, um einen Dialog zwischen Globalem Norden und Globalem Süden zu bestärken. Vor allem ist ein verstärkter interdisziplinärer Austausch zwischen Memory Studies und Postcolonial Studies gefordert. Nicht zuletzt folgt aus einem solchen *postcolonial turn* innerhalb der Memory Studies auch eine kritische Reflexion der *research agenda* und v.a. der etablierten Methodologien.

Methodologien dekolonialisieren

In der Forschung wird oftmals auf das post-/koloniale »Quellenproblem« verwiesen als Begründung für ausbleibende Forschungen insbesondere mit minorisierten, ehemals kolonialisierten Gruppen bzw. zu marginalisierten Erinnerungskulturen. Dieses Wissen gilt es in der (westlichen) Forschung zu reevaluieren und Methodologien entsprechend anzupassen (vgl. Kaltmeier/Berkin 2012; Smith 2008; Tui-der/Ziam 2015). Eine solche Wende geht notwendigerweise mit einer grundlegen-

den forschungsethischen Überprüfung und einigen Neudefinitionen einher. Wie Olaf Kaltmeier argumentiert, erfordert eine *dekoloniale* Forschung ein Bekenntnis zur kritischen Selbstreflexivität, Feedback und Reziprozität sowie einer Anerkennung, dass jedes Forschungsvorhaben »ein politischer Akt« (Kaltmeier 2012b: 40f.) ist. Durch diese Prinzipien verschieben sich folglich nicht nur die etablierten Hierarchien zwischen Forschenden und Beforschten.

Nach wie vor zeigt sich eine Diskrepanz zwischen punktuell »Expertenwissen« und Problembewusstsein in der breiteren gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Die Stimmen von Opfergruppen, zivilgesellschaftlichen postkolonialen Initiativen sowie insbesondere der afrikanischen Diaspora und *People of Color* werden im hegemonialen Erinnerungsdiskurs marginalisiert. Die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte wird neben der Politik vor allem Institutionen wie Universitäten und Museen z.B. im Rahmen der Provenienzforschung überlassen; die Lösungsfindung erfolgt größtenteils unter Ausschluss der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Insbesondere wäre hier eine stärkere Einbeziehung von Opfervertretungen und zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen wünschenswert.

Gesellschaftspolitische Relevanz und journalistische Praxis

In gesellschaftspolitischer Hinsicht liefert die vorliegende Studie Impulse, da sie mit dem Aufzeigen der Konflikthaftigkeit und Ambivalenzen der Berichterstattung über den Ovaherero- und Nama-Genozid auch Ansätze für eine Veränderung der öffentlichen Erinnerung an die Kolonialgeschichte erkenntbar macht, die eine an Gerechtigkeit orientierte Anerkennung der Opfer und ihrer Nachfahr*innen ermöglichen kann. Eine zentrale Herausforderung sehe ich im Sinne eines erinnerungskulturellen Diskurses der Selbstverständigung aufseiten der *weißen* Mehrheitsgesellschaft in den Metropolen, welche ihre Position als »implicated subjects« (Rothberg 2019) viel grundsätzlicher und selbstverständlicher reflektieren sollten. Auf verschiedenen Ebenen könnten z.B. Workshops zu Kolonialismus und seinen vielfältigen Auswirkungen wichtige Anregungen geben, um sich kritisch mit der eigenen Verstricktheit in post-/koloniale Kontexte auseinanderzusetzen und Abwehr- und Verdrängungsmechanismen aufseiten derjenigen, die lange von Kolonialisierung und Versklavung profitiert haben, historisch einordnen und bearbeiten zu können.

Diese Studie regt auf Grundlage der Analyse von vielfach verwendeten problematischen Begriffen in der Berichterstattung um den Ovaherero- und Nama-Genozid insbesondere Workshops für Journalist*innen an, in denen über die Bezeichnungspraxis, eigene Wissensvorräte, Recherchen und insbesondere der Umgang mit historischen Quellen in spezifisch post-/kolonialen Kontexten diskutiert werden kann. Vor allem der Rückgriff auf kolonial-rassistische Stereotype und diskriminierende, rassifizierende Zitate aus dem kolonialen Archiv sollte für die Be-

richterstattung kritisch reflektiert werden. Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang eine Diskussion über die Dominanz weißer Perspektiven innerhalb des Journalismus angebracht.² Kritische Überlegungen hinsichtlich einer *Dekolonialisierung* der Presseberichterstattung speziell zu Namibia habe ich bereits an anderer Stelle formuliert (vgl. de Wolff 2018: 430f.). Praktische Handlungsempfehlungen für den Medienbereich sind v.a. in Richtung einer differenzierteren Reise- und insbesondere Afrika-Berichterstattung vorgelegt worden (vgl. Mücke 2009: 524ff.; Sturmer 2013: 114ff.; Schoon 2016: 236f.).

Stärker berücksichtigt werden sollte vor dem Hintergrund der in dieser Arbeit im Anschluss an die Cultural Studies entwickelten gesellschaftstheoretisch fundierten Perspektive auf Journalismus jedoch, dass die Arbeit von Journalist*innen als Medienproduzent*innen v.a. im Bereich der privatwirtschaftlich organisierten Presselandschaft der Marktlogik unterworfen ist. Da Journalismus eine gesellschaftliche Nachfrage bedienen muss und an bestimmte Publikumsgruppen adressiert ist, ist ein breiteres öffentliches Interesse an dem Thema Kolonialismus Voraussetzung für eine differenziertere Berichterstattung (vgl. Nothias 2017).

Zur Politischen Bildungsarbeit jenseits des Journalismus haben insbesondere Reinhart Kößler und Henning Melber in jüngerer Zeit verschiedene Handlungsräume aufgezeigt und bereits konkrete Vorschläge z.B. für Gestaltung des öffentlichen Raums als »postkolonialer Lernort«, die Rehumanisierung menschlicher Überreste und Bildung und Unterricht formuliert (vgl. Kößler/Melber 2017: 114ff.). In verschiedenen Feldern sind zivilgesellschaftliche postkoloniale Initiativen bereits seit Jahrzehnten in verschiedenen lokalen Kontexten, aber auch bundesweiten Zusammenschlüssen aktiv, die in der medialen Berichterstattung jedoch wenig Sichtbarkeit erhalten.

Je länger die Diskussion und insbesondere die »zähen« bilateralen deutsch-namibischen Verhandlungsgespräche um die Anerkennung des Ovaherero- und Nama-Genozids dauern, umso deutlicher zeigt sich, dass »Deutschland« erst am Anfang eines langen (Dekolonialisierungs-)Prozesses steht. Auch wenn die deutsche Kolonialgeschichte zwar größere wissenschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit erfährt, kann nicht davon gesprochen werden, dass postkoloniale Perspektiven in der gesellschaftlichen und politischen Gegenwart der Bundesrepublik systematisch integriert oder gar normalisiert sind (vgl. Kößler/Melber 2017: 144). Gefordert sind eine aktive Erinnerungspolitik und eine politische Bildungsarbeit an zentraler Stelle auf Bundes- und Landesebene – eine lediglich »gelegentliche Berücksichtigung kolonialhistorischer Themen genügt da nicht« (ebd.).

Der Umstand, dass das rechtspolitische Lager die Kolonialgeschichte in jüngerer Zeit auch als Wahlkampfthema entdeckt hat, verdeutlicht die gesellschafts-

2 Vgl. insbesondere die Aktivitäten des Zusammenschlusses der »Neuen Deutschen Medienmacher« <https://neuemedienmacher.de/> (letzter Abruf 20.4.2021).

politische Relevanz und Aktualität der Auseinandersetzungen um den Ovaherero- und Nama-Genozid und andere Kolonialverbrechen noch einmal mehr. Auf Einladung der Partei AfD hielt der umstrittene US-Kolonialismus-Experte Bruce Gilley im Bundestag im Dezember 2019 einen Vortrag mit dem Titel »The Case of Colonialism/Argumente für den Kolonialismus«. Über diesen berichteten Medien unter der polemischen Unterschrift: »Warum sich die Deutschen nicht für die Kolonialzeit entschuldigen müssen und erst recht nicht dafür zahlen müssen« (*Deutschland Kurier*, 3.12.2019). Dieses aktuelle Beispiel zeigt noch einmal eindrücklich, dass es sich bei der Frage der gesellschaftlichen Erinnerung an die Kolonialvergangenheit nicht bloß um eine kulturelle Frage für historisch Interessierte handelt, sondern um ein dringliches, gesellschaftspolitisches Phänomen, welches der kontinuierlichen kritischen Beobachtung und Erforschung bedarf.

Wie die vorliegende Untersuchung zeigt und dieses Beispiel noch einmal verdeutlicht, verweist der mediatisierte Kampf um die Erinnerung und Anerkennung des Ovaherero- und Nama-Genozids auf eine noch ausstehende und weitaus umfassendere Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und seinen Folgen, die nun hierzulande auch im öffentlich-medialen Diskurs angestoßen scheint und ein gesellschaftspolitisches Problem- und (interdisziplinäres) Forschungsfeld begründet. Zu den aktuellen Debatten einen kritischen Beitrag zu leisten, war und ist ein zentrales Anliegen dieser Arbeit.